

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 9. Juli 2020:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 2. Quartal 2020.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen

2. Quartal 2020

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. Bekämpfung der Covid-19-Pandemie	2
2. Brexit	3
3. Konferenz zur Zukunft Europas	6
4. Europaministerkonferenz am 18. Juni 2020	7
5. Ausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft	8
II. Europapolitische Veranstaltungen	9
III. Europafähigkeit und Europakommunikation	13
IV. Ausschuss der Regionen (AdR)	17
V. Zusammenarbeit mit Frankreich	18
VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	21
VII. Makroregionale Strategien	24
VIII. Vier Motoren für Europa	25
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen	25
X. Entwicklungspolitik	28

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das zweite Quartal des Jahres 2020 war weiter geprägt durch die Covid-19-Pandemie und die Debatte über Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen. Die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich standen ebenfalls unter dem Eindruck der Coronakrise. Auch die Vorbereitung auf die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 wurde von diesem Thema bestimmt.

1. Bekämpfung der Covid-19-Pandemie

Im Berichtszeitraum ist nach Angaben des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) die Zahl der Neuinfektionen im 14-Tagesdurchschnitt seit dem Höhepunkt am 9. April 2020 in allen Staaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums um 80% zurückgegangen (Stand 25. Juni 2020).

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie sind gleichwohl in allen EU-Mitgliedstaaten enorm. Die Kommission rechnet in ihrer aktuellen Frühjahrsprognose damit, dass die EU-Wirtschaft im Jahr 2020 um 7,5 % schrumpfen und erst 2021 mit rund 6 % Wachstum wieder Fahrt aufnehmen wird. Der Schock sei symmetrisch, da alle Mitgliedstaaten getroffen wurden. Beim Produktionsrückgang 2020 und der Stärke des Aufschwungs 2021 geht die Kommission jedoch von deutlichen Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten aus. Die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters vom 20. Mai 2020 zielen auf die Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ab.

Der stärkste EU-Beitrag zur Überwindung der Krise sollen der europäische Aufbauplan und der geänderte Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027 sein (vgl. zu den Kommissions-Vorschlägen vom 27. Mai 2020 bereits Landtagsunterrichtung Drs. 16/8251). Im Vorfeld hatten

die deutsche und die französische Regierung eine gemeinsame Initiative für einen Wiederaufbaufonds vorgestellt, die den Kommissionsvorschlag beeinflusst hat.

Am 19. Juni 2020 befasste sich der Europäische Rat erstmals mit den Kommissionsvorschlägen. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, wurde beauftragt, weitere Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten aufzunehmen und ein physisches Sondergipfeltreffen Mitte Juli einzuberufen, um dort einen Einigungsversuch zu unternehmen. Diese Sondertagung ist inzwischen für den 17./18. Juli 2020 terminiert.

Bewertung

Der Vorschlag der Kommission für das EU-Konjunkturpaket ist sehr ambitioniert. Es ist im Interesse aller, dass die Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Rezession möglichst schnell überwinden; dafür ist auch gemeinsames Handeln nötig. Gerade Baden-Württemberg hat als Exportland ein hohes Interesse an einem funktionierenden Binnenmarkt. Wichtig ist, dass das Paket Ausnahmecharakter hat, zeitlich befristet ist und nationale Anstrengungen ergänzt. Der künftige EU-Haushalt sollte noch stärker dazu genutzt werden, in Projekte mit europäischem Mehrwert und Zukunftsthemen zu investieren. Dabei müssen vor allem Forschung und Innovation gestärkt werden. Die neuen EU-Programme müssen zielgerichtet sein auf die am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereiche und Regionen und zugleich an klare Bedingungen geknüpft werden. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards.

2. Brexit

Das 2. Quartal 2020 brachte kaum Fortschritte in den Verhandlungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK). Die britische Regierung hat die Möglichkeit verstreichen lassen, bis Ende Juni die Verlängerung der Übergangsphase zu bean-

tragen. Die Übergangsphase wird daher voraussichtlich am 31. Dezember 2020 enden. Die bisher vier Verhandlungsrunden brachten lediglich Annäherungen in den Bereichen Energie, Transport oder der Teilnahme VKs an Unionsprogrammen als Drittstaat. Nach wie vor gibt es keine Übereinstimmung bei den Streitthemen Fischereirechte sowie der Forderung der EU an VK, sich zur Aufrechterhaltung von gleichen Wettbewerbsbedingungen zu verpflichten („level playing field“), wie auch zur allgemeinen Architektur des Abkommens („Governance“). Das VK möchte Einzelabkommen für verschiedene Bereiche abschließen, die EU befürwortet dagegen ein umfassendes Partnerschaftsabkommen.

Am 19. Mai 2020 veröffentlichte die britische Regierung ihren Entwurf für ein Freihandelsabkommen. Am 12. Juni 2020 tagte zum zweiten Mal der Gemeinsame Ausschuss, der zur Umsetzung des Austrittsabkommens eingesetzt wurde. Dort wurden die Themen Rechte der Bürger, Polizei- und Zollzusammenarbeit, Steuerfragen und Schutz der Finanzer Interessen sowie Umweltfragen erörtert.

Auf der im Austrittsabkommen vereinbarten Hocharrangigen Konferenz zogen am 15. Juni 2020 Premierminister Boris Johnson, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie die Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und des Europäischen Parlaments, David Sassoli, eine Zwischenbilanz der Verhandlungen. Sie verständigten sich zumindest auf eine Intensivierung der Verhandlungen; seit 29. Juni 2020 sind wöchentliche Verhandlungen zwischen den Verhandlungsführern Barnier und Frost angesetzt. Zwei weitere offizielle Verhandlungsrunden sind für Ende Juli und August terminiert.

Chefunterhändler Barnier beklagte im Berichtszeitraum eine zunehmende Abkehr des VK von der gemeinsamen Politischen Erklärung vom November 2019. VK bemängelte seinerseits den ideologischen Ansatz der EU und beteuerte, ein Abkommen entsprechend CETA aushandeln zu wollen. Inhaltlich fordert VK laut Barnier jedoch in Bereichen wie der

Rechtsstellung von Rechtsanwälten oder der Integration seines Energiemarktes eine vollständige Partizipation am EU-Binnenmarkt, ohne sich auf gleiche Wettbewerbsbedingungen verpflichten zu wollen.

Derzeit haben Kommission und Bundesregierung mit Vorbereitungen auf den Ablauf der Übergangsphase am 31. Dezember 2020 begonnen. Die Kommission überarbeitet ihre „preparedness notices“, nun „readiness notices“ genannt. Diese an Unternehmen und sonstige Wirtschaftsbeteiligte gerichteten Mitteilungen informieren themenspezifisch über Änderungen, die mit Ablauf der Übergangsphase im Waren-, Güter- und Dienstleistungsverkehr eintreten.

Die Bundesregierung hat im Mai eine Ressortabfrage hinsichtlich etwaiger gesetzlicher und sonstiger Maßnahmen gestartet zu „Readiness“-Maßnahmen, die in jedem Fall bei Ablauf der Übergangsphase getroffen werden müssen, sowie „Contingency“-Vorbereitungen für den Fall des Ablaufs der Übergangsphase ohne Abschluss eines Partnerschaftsabkommens („no-trade-deal“).

Das Ministerium der Justiz und für Europa hat Ende April eine Abfrage bei den Ressorts durchgeführt, um die Umsetzung des Austrittsabkommens, Erwartungen und Vorbereitungen auf das zukünftige Verhältnis sowie die Notwendigkeit der Aktualisierung der Brexit-Folgenabschätzung aus Landessicht zu eruieren. Dabei wurden keine Bereiche identifiziert, die eine Aktualisierung der Folgenabschätzung notwendig machen. Die Ressorts wurden ferner sensibilisiert, etwaige Brexit-Informationen für Betroffene auf ihre Homepages zu überprüfen und stets aktuell zu halten.

Am 25. Juni 2020 hat der Rat in seinen Schlussfolgerungen zur Kenntnis genommen, dass die britische Regierung keine Verlängerung der Übergangsphase anstrebt. Er hat seinen Wunsch nach einem möglichst engen zukünftigen Verhältnis mit dem VK formuliert. Dies ist ebenfalls das Bestreben der am 1. Juli 2020 beginnenden 6-monatigen deutschen

Ratspräsidentschaft, die den Abschluss eines umfassenden und ausbalancierten Partnerschaftsabkommen als einen Schwerpunkt ihrer Aufgaben in den nächsten Monaten herausstellt.

Bewertung/ Ausblick:

Die Aussicht, innerhalb des verbleibenden kurzen Zeitraums eine Einigung auf ein umfassendes Partnerschaftsabkommen zu erreichen, ist angesichts der konträren Positionen gering. Bis zum Oktober-ER muss eine politische Einigung auf ein Partnerschaftsabkommen erfolgen, damit die Ratifizierungen des Abkommens noch vor Ablauf der Übergangsphase umgesetzt werden kann. Der Beginn der „Contingency“-Vorbereitungen auf EU- und Bundesebene entspricht daher aufgrund des mangelnden Verhandlungsfortschritts verantwortungsvollem Regierungshandeln. Ein No-trade-deal würde vor allem die Wirtschaftsbeteiligten treffen; Umsatzeinbrüche befürchten vor allem der Maschinenbau und der Handel. Die Verhandlungen werden sich auch durch das gestraffte Verhandlungsformat weiter intensivieren. Die Landesregierung verfolgt den Fortgang der Verhandlungen weiter aufmerksam; das Wirtschaftsministerium plant, im 2. Halbjahr 2020 mehrere Veranstaltungen bzw. Webinare für KMU durchzuführen.

3. Konferenz zur Zukunft Europas

Der für 9. Mai 2020 geplante Start der Konferenz zur Zukunft Europas hat sich Corona-bedingt verschoben. Der Rat hat sich am 24. Juni 2020 auf eine gemeinsame Haltung geeinigt. Er möchte, dass die Konferenz in Gang gesetzt wird, sobald die epidemiologischen Bedingungen dies zulassen. Die Zukunftskonferenz solle sich auf die Frage konzentrieren, wie die EU-Politik mittel- und langfristig entwickelt werden kann, um die Herausforderungen, vor denen Europa steht, wirksamer anzugehen. Dabei sollten auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die Lehren aus der Krise berücksichtigt werden. Der Rat möchte eine breite Bürgerbeteiligung sicherstellen, aufbauend auf den

Dialogen und Konsultationen der Bürger in den letzten zwei Jahren. Er will an der Konferenz Vertreter des Europäischen Parlaments, der nationalen Regierungen, der Kommission, der nationalen Parlamente sowie des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses beteiligen.

Kommission und Europäisches Parlament hatten ihre Positionen bereits zu Beginn des Jahres festgelegt. Mit der Ratspositionierung ist nun der Weg frei für eine Verständigung der drei EU-Institutionen auf eine Gemeinsame Erklärung zum Mandat der Konferenz zur Zukunft Europas.

Bewertung

Die Covid-19-Pandemie ergänzt die Debatte über die Zukunft Europas mit neuen Fragestellungen und erhöht die Bedeutung der geplanten Zukunftskonferenz. Das Mandat des Rates bietet eine gute Grundlage, um eine baldige Einigung der drei EU-Institutionen auf die Inhalte und das Format der Konferenz zu erreichen. Wenn für die geplante Bürgerbeteiligung Erfahrungen wie der Europadialog Baden-Württemberg genutzt werden, ist dies zu begrüßen. Die Beteiligung der nationalen Parlamente würde über die zweiten Kammern auch eine Vertretung regionaler Interessen ermöglichen. In Deutschland wäre damit eine Beteiligung der Länder über den Bundesrat sichergestellt.

4. 83. Europaministerkonferenz am 18. Juni 2020

Die Europaministerkonferenz (EMK) fand am 18. Juni 2020 unter rheinland-pfälzischem Vorsitz in Berlin statt. Die Europaministerinnen und -minister der Länder tauschten sich u. a. mit der französischen Botschafterin in Deutschland zur deutsch-französischen Zusammenarbeit aus. Hierzu fasste die EMK einen Beschluss, den Baden-Württemberg als Mitberichterstatter vorbereitet hatte. Zu Gast war auch der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, der insbesondere über die Vorbereitungen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft berichtete. Die EMK fasste ferner Beschlüsse zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie, zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027, zur

EU-Industriepolitik, zum Europäischen Grünen Deal und zur Europa-Bildung.

Der Vorsitz in der EMK geht ab 1. Juli 2020 auf das Saarland über.

5. Ausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2020 hat Deutschland die sechsmonatige Präsidentschaft im Rat der EU übernommen. Neben der Überwindung der Corona-Pandemie hat sich die Bundesregierung folgende Schwerpunkte vorgenommen: die Verhandlungen über den europäischen Aufbauplan und den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027, die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich sowie Fortschritte bei Schwerpunktthemen wie dem Europäischen Grünen Deal, der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, der Konferenz zur Zukunft Europas oder den Beziehungen zwischen der EU und China (zu den Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft vgl. die separate Unterrichtung des Ministeriums der Justiz und für Europa).

Die Bundesregierung hat sich für ihre Ratspräsidentschaft einen regionalen Ansatz vorgenommen, der auch hochrangige Sitzungen und Konferenzen in den Ländern vorsieht. Als Höhepunkte finden in Baden-Württemberg der informelle Telekommunikationsministerrat unter Vorsitz von Bundesminister Peter Altmaier am 15. Oktober 2020 in Baden-Baden und das Europäische Tourismusforum mit Staatssekretär Thomas Bareiß am 22./23. Oktober 2020 in Friedrichshafen statt.

Baden-Württemberg wird die deutsche Ratspräsidentschaft mit zahlreichen eigenen Veranstaltungen begleiten. Das Justiz- und Europaministerium eröffnet das Begleitprogramm des Landes mit einer Podiumsdiskussion zur Rechtsstaatlichkeit am 8. Juli 2020 in Karlsruhe. Zahlreiche weitere Veranstaltungen in Baden-Württemberg, Berlin und Brüssel sind geplant. Der Veranstaltungskalender findet sich auf www.europa-bw.de.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates ist Europaminister Wolf Mitglied der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC). Den COSAC-Vorsitz übernimmt jeweils das nationale Parlament (bzw. beide Kammern) des Mitgliedstaates, der die Ratspräsidentschaft innehat. Während des deutschen Ratsvorsitzes wird Minister Wolf den COSAC-Vorsitz gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Bundestages, Gunther Krichbaum MdB, führen. Geplant sind u. a. ein Vorsitzendentreffen per Videokonferenz und die Plenarsitzung in Berlin.

II. Europapolitische Veranstaltungen

Nachdem bedingt durch die Covid-19-Pandemie auch im „europapolitischen Betrieb“ in Brüssel das öffentliche Leben weitestgehend heruntergefahren wurde, hat die Vertretung des Landes bei der EU durch die Erweiterung der technischen Mittel und mit externen Dienstleistungen ein attraktives Online-Angebot für verschiedene Veranstaltungs- und Meeting-Formate geschaffen.

Online-Veranstaltung mit EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Brezeln & Politics“ haben auf Einladung von Herrn Minister Wolf am 9. Juni 2020 EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn und Peter Müller (Der Spiegel) Chancen und Herausforderungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen diskutiert.

Herr Minister Wolf eröffnete die Online-Podiumsveranstaltung und unterstrich eingangs die Bereitschaft zur finanziellen Solidarität – auch im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie. Er betonte die Bedeutung des von Günther H. Oettinger, dem damaligen Haushaltskommissar, vorgeschlagenen Rechtsstaatsmechanismus im Zusammenhang mit dem kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

Kommissar Hahn erläuterte den aktualisierten Vorschlag der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen von Ende Mai 2020 und das Ziel, die europäische Wirtschaft in allen Ländern zeitgleich wieder hochzufahren. Dazu seien in der aktuellen beispiellosen Krise auch beispiellose Maßnahmen nötig. Kommissar Hahn lobte die Rolle Baden-Württembergs bei der Aufnahme von Corona-Intensivpatienten aus dem benachbarten Elsass/Grand Est als Zeichen gelebter europäischer Solidarität.

Kommissar Hahn erklärte, die EU habe zunächst Liquidität bereitgestellt; als nächstes Thema würden die Eigenkapitalprobleme angegangen, mit denen viele Firmen momentan zu kämpfen haben. Noch in diesem Jahr werde daher ein Eigenkapitalprogramm aufgesetzt werden müssen. Außerdem soll die Widerstandskraft der betroffenen Branchen gestärkt werden, wie es mit den Banken nach der Bankenkrise geschehen sei. Das Ziel sei es dabei stets, aktuelle Probleme abzumildern und gleichzeitig politische Prioritäten zu fördern.

Auf die Frage, warum das Verschuldungsverbot für die Kommission für diese Pläne kein Problem darstelle, antwortete Hahn, dass die Verträge das Ergreifen besonderer Maßnahmen im Lichte außerordentlicher Ereignisse vorsehen würden. Das vorgeschlagene Programm müsse von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden, und es sei nur mit einer temporären Begrenzung möglich. Zur Überbrückung bis zur Hauptauszahlung aus dem Vorschlag der Kommission in drei bis vier Jahren werde es Übergangsfinauzierungen geben, so Hahn; z.B. den Eigenkapitalunterstützungsfonds (Solvency Fonds), der bereits in diesem Jahr aktiv werde. Auch die Zuschüsse würden schnell bereitstehen, die Arbeit an der Widerstandsfähigkeit jedoch müsse langfristig geplant sein.

Zum Thema Einführung neuer Eigenmittel wies Kommissar Hahn darauf hin, dass es aus den Mitgliedstaaten breite Unterstützung zum Vorschlag der Kommission gebe. Er hoffe, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Einigung bezüglich der Eigenmittel erzielt werden

könne, sodass die Rückzahlungen daraus in der nächsten siebenjährigen Finanzperiode beginnen können. Bereiche für die Generierung neuer Eigenmittel sollen u.a. in den Bereichen Klimawandel bzw. -schutz, Steuern und Digitalisierung liegen.

Zu den nun anstehenden Verhandlungen zum MFR-Vorschlag mit EU-Parlament und Rat bemerkte Hahn, dass Deutschland als nächste EU-Ratspräsidentschaft und größte Volkswirtschaft in Europa eine wichtige Stimme sei. Da die deutsche Reaktion auf den Kommissionsvorschlag sehr positiv gewesen und der deutsche Verwaltungsapparat sehr routiniert sei, zählten alle auf den Rückenwind der deutschen Präsidentschaft.

Online-Veranstaltung zur deutschen Ratspräsidentschaft

Im Rahmen der Reihe „Am Vorabend einer neuen EU-Ratspräsidentschaft“ stand auf Einladung von Herrn Minister Wolf am 22. Juni 2020 die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 im Zentrum.

Nach der Begrüßung durch Herrn Minister Wolf und der Keynote-Rede des deutschen Ständigen Vertreters bei der EU, Botschafter Michael Clauß, diskutierten mit Minister Wolf und Botschafter Clauß auf dem Podium (in alphabetischer Folge): MdB Dr. Franziska Brantner (Europapolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/die Grünen), MdEP Siegfried Mureşan (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EVP im EU-Parlament) und Dr. Frank Hoffmeister (Vorsitzender der Europa-Union in Brüssel). Die Leiterin des ZDF-Studios in Brüssel, Anne Gellinek, moderierte die Diskussion.

Die Diskussionsteilnehmer äußerten hohe Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft. „Wir müssen lernen, mehr als nur eine Krise zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu managen, und wir müssen lernen, dass Themen wie der Klimawandel nicht nur Schönwetterthemen sein können, also Themen, mit denen wir uns nur beschäftigen können, wenn

wir keine anderen Krisen haben“, so Mureşan. Auch beim Thema Migration forderten die Diskussionsteilnehmer mehr Bewegung.

Zentrale Forderung aller war die Aushandlung eines auf Umweltschutz und Digitalisierung basierenden Wiederaufbauplans und des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). Den „pragmatischen“ Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verteilung der Mittel aus dem Wiederaufbaufond begrüßten Clauß und Mureşan. Die Höhe der Auszahlung könne später noch angepasst werden, immer unter Voraussetzung der Einhaltung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten, so Clauß. Mureşan forderte Mitspracherechte des EU-Parlaments bei der Konditionierung der Mittel.

Minister Wolf betonte, Deutschland brauche „die Bereitschaft, mehr in das gemeinsame europäische Projekt hineinzugeben, als wir das in der Vergangenheit getan haben“. MdB Brantner wünschte sich die Initiierung transeuropäischer Projekte und die Unterstützung besonders betroffener Sektoren wie des Tourismus.

Bezüglich der Brexit-Verhandlungen stellten sich die Diskussionsteilnehmer hinter die Position des Chefunterhändlers Barnier. „Am Ende des Tages liegt die Entscheidung nicht in Brüssel, sondern in London“, so Mureşan. MdB Brantner forderte, dass sich die EU in den betroffenen Bereichen besser auf einen No-Deal-Brexit vorbereite. Minister Wolf stellte fest, dass Baden-Württemberg für möglichen Konsequenzen des Brexits vorbereitet und im Rahmen eines möglichen EU-Abkommens mit dem Vereinigten Königreich bereit sei, Möglichkeiten zur punktuellen Zusammenarbeit bspw. in der Forschung zu prüfen. Er betonte, dass „es ein bisschen Brexit nicht geben wird“. „Rosinenpickerei“ zuzulassen sei auch für Baden-Württemberg keine Option.

Alle Diskussionsteilnehmer sahen die deutsche Ratspräsidentschaft wegen der vielen Herausforderungen und der großen Verantwortung dennoch als große Chance für Deutschland und für die EU. Minister

Wolf betonte zum Abschluss: „Es ist unsere Verantwortung (...) und eine Chance diese Knoten als beherzte Europäer zu lösen“.

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool

Workshop mit den Personalverantwortlichen der Ministerien

Am 17. und 29. Juni 2020 fand ein (auf zwei Termine aufgeteilter) virtueller Workshop mit den Personalverantwortlichen der Ministerien zum Dynamischen Europapool statt. Ziel war es, das gemeinsame Konzept für eine verstärkte strategische Ausrichtung von Entsendungen im Rahmen des Dynamischen Europapools sowie für die Optimierung der Leitlinien für Rückkehrer (Rückkehrkonzept) weiterzuentwickeln. Hintergrund dafür ist ein Auftrag aus der vom Ministerrat am 21. Januar 2020 verabschiedeten Kabinettsvorlage zur Weiterentwicklung des Dynamischen Europapools an alle Ressorts. Im Herbst 2020 ist ein weiterer Workshop geplant.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Europawoche vom 2. bis 10. Mai 2020

Aufgrund des Shutdowns infolge der Coronakrise musste das Ministerium der Justiz und für Europa sämtliche in der Europawoche geplanten Präsenz-Veranstaltungen absagen. Ein großer Erfolg war dann die Online-Europawoche auf der Homepage und der Facebook-Seite des Ministeriums der Justiz und für Europa mit zahlreichen digitalen Angeboten. So wurde u.a. ein Mal- und ein Schreibwettbewerb für Kinder ausgeschrieben und am 8. Mai 2020 ein Europa-Talk mit Europaminister Wolf ausgestrahlt.

Zahlreiche virtuelle Veranstaltungen und weitere digitale Angebote von Kommunen und Europaakteuren im Zusammenhang mit der Europawoche wurden vom Ministerium zusammengetragen und auf der Home-

page (<https://www.justiz-bw.de/,Lde/Startseite/Europa/Europawoche+2020>) gebündelt veröffentlicht. Neben Online-Veranstaltungen wurden Mitmach-Aktionen, Wettbewerbe, Filme, Grußworte und Ratespiele in die Auflistung aufgenommen. Darüber hinaus wurden die genannten Online-Angebote auf der Facebookseite der Europaöffentlichkeitsarbeit (www.facebook.de/BadenWuerttembergInEuropa) beworben. Unter dem Hashtag „#Europawoche“ wurden in zehn Tagen 27 Beiträge veröffentlicht. Die Resonanz zur „Virtuellen Europawoche“ war durchweg positiv.

Facebook Foto-Challenge

Im Juni 2020 wurde auf Facebook eine Foto-Challenge zum Thema „Europäische Lieblingsrezepte“ angestoßen, um zum einen niederschwellig die Vielfalt Europas zu verdeutlichen und zum anderen die Facebookseite „Baden-Württemberg in Europa“ weiter bekannt zu machen. Bei der Challenge wurden bis zu fünf Personen dazu aufgerufen, ein Foto ihres europäischen Lieblingsessens mit Rezept zu posten und wiederum bis zu fünf weitere Freunde dafür zu nominieren. Im Fließtext des Posts wurde auf die Facebookseite „Baden-Württemberg in Europa“ verlinkt, um diese weitflächig zu streuen. Eine ähnliche Aktion soll in der Adventszeit mit europäischen Plätzchenrezepten gestartet werden.

Ausschreibungen

„Europa: Bunt, vielfältig und ideenreich“ - Ausschreibung einer Förderung für Kommunen und Landkreise

Wie im ersten Quartal bereits berichtet, war das Ziel der ausgeschriebenen Förderung, möglichst viele Kommunen und Landkreise zu Projekten zu ermuntern, die der Verbreitung des europäischen Gedankens dienen. Die Ausschreibung war bewusst offengehalten, um möglichst viele unterschiedliche Projekte, in zahlreichen Formaten, für diverse Adressatenkreise zu generieren. Insgesamt wurden 23 Kooperationsverträge mit einem Gesamtvolumen von rund 44.630 EUR geschlossen. Bedingt durch die Coronakrise mussten die Veranstaltungen teilweise

auf das nächste Jahr verschoben werden oder wurden ersatzlos gestrichen.

„Mobilität“ - Ausschreibung Fotowettbewerb 2020

Auch in diesem Jahr wurde für die Herstellung eines Europa-Tischkalenders in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München ein Fotowettbewerb für Hobbyfotografinnen und -fotografen ausgelobt. In diesem Jahr werden Motive aus den EU-Mitgliedstaaten zum Thema „Mobilität“ gesucht. Die Einsendefrist endet am 15. Juli 2020. Im Anschluss werden die 13 schönsten Fotos von einer Jury ausgewählt. Weitere Motive erhalten einen Sonderpreis. Die Preisverleihung soll am 13. November 2020 im Kolpinghaus in Stuttgart stattfinden.

Kooperationen

In Kooperation mit der Stadt Karlsruhe wurde eine digitale Kampagne zum Europatag am 9. Mai 2020 durchgeführt. Unter anderem gab es einen Videoaufruf zum Einreichen von Statements oder musikalischen Beiträgen (Europahymne).

Zum Auftakt der deutschen Ratspräsidentschaft wurde am 25. Juni 2020 in Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg, dem Europe Direct Informationszentrum Stuttgart sowie dem Hospitalhof eine Veranstaltung zum Thema „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 - Globale Herausforderungen und europäische Antworten“ durchgeführt. Als Podiumsgäste wurden Dr. Susanne Hegels, Referatsleiterin EU-Ratspräsidentschaft 2020, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Berlin, und Steffen Schulz, stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München eingeladen. Zu der digitalen Webex-Veranstaltung konnte sich jedermann anmelden.

Webseite „Europäische Solidarität – Hilfe für Freunde“

Die Corona-Pandemie hat viele EU-Mitgliedstaaten hart getroffen. Umso erfreulicher sind die Berichte über Aktionen auf kommunaler Ebene, in deren Rahmen sich Gemeinden, Städte, Landkreise und die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Freunden in Europa solidarisieren und sie unterstützen – sei es durch Spendenaktionen, durch die Zusendung

von Mund-Nasen-Schutzmasken oder anderen Maßnahmen. Um diese Beispiele bekannt zu machen und die Bedeutung der europäischen Solidarität hervorzuheben hatte Minister Wolf über die Kommunalen Landesverbände dazu aufgerufen, Beispiele für diese gelebte Solidarität in Europa beim Ministerium der Justiz und für Europa zu melden. Diese wurden auf der Homepage des Ministeriums (www.justiz-bw.de/Europafreunde) veröffentlicht und zeigen anschaulich, was in Pandemie-Zeiten möglich ist.

Sonstiges

Das Autokino Baden-Baden zeigt auf Bitte des Ministeriums der Justiz und für Europa seit Ende Mai bis voraussichtlich Ende August 2020 einmal täglich von Mittwoch bis Sonntag den 2019 auf dem Internationalen Trickfilmfestival präsentierten Kurz-Trickfilm für Europa („Ode“).

IV. Ausschuss der Regionen (AdR)

Die 139. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie von März auf 30. Juni bis 2. Juli 2020 verschoben. Die Sitzung fand als Hybrid-Meeting statt. Minister Wolf nahm per Videoschleife teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie. EU-Haushaltskommissar Hahn diskutierte mit den AdR-Mitgliedern über die Kommissionsvorschläge zum EU-Aufbaufonds und zum aktualisierten Mehrjährigen Finanzrahmen. Mit Binnenmarktkommissar Thierry Breton gab es eine Debatte über die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Zum Thema Katastrophenschutz gab es einen Austausch mit EU-Kommissar Janez Lenarčič.

Der AdR nahm eine Entschließung zum EU-Aufbauplan und zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 an, zu der Minister Wolf ein Bekenntnis zur Bedeutung der Forschungs- und Innovationspolitik für die Regionen und zur wettbewerblichen Vergabe der Forschungsmittel erfolgreich einbringen konnte.

Zudem positionierte sich der AdR mit der Einschließung zum Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2021. Das AdR-Plenum nahm überdies Stellungnahmen zu den EU-Freihandelsabkommen, zum künftigen Dienstleistungspaket der Kommission, zur EU-Wasserstoffstrategie und zum Just Transition Fund an.

Die deutsche Delegation kam zu ihrer Sitzung per Videoschalte zusammen. Mit der Leiterin der Abteilung für Europapolitik im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Kirsten Scholl, besprachen die Delegationsmitglieder die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft und die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem AdR.

V. Zusammenarbeit mit Frankreich

Die Coronakrise in der Nachbarregion Grand Est

Die französischen Partner zeigten sich verstimmt über die Klassifizierung der Region als Risikogebiet sowie die Entscheidung Deutschlands, am 16. März 2020 die Grenzen zu schließen und Grenzkontrollen einzuführen. Im Anschluss an ein Gespräch zwischen Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann und Herrn Präsident Rottner wurde eine regelmäßige deutsch-französische Telefonschalte auf Arbeitsebene eingerichtet. Diese ist nach wie vor ein zentrales Element der grenzüberschreitenden Kommunikation.

Das Staatsministerium tauschte sich seit Beginn der Krise täglich, mittlerweile wöchentlich, mit den Partnern in Frankreich und auf deutscher Seite mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dem Auswärtigen Amt aus. Das Land setzte sich unter anderem für die Abstimmung von Indikatoren zur Nachverfolgung der Infektionsketten und zur Vergleichbarkeit des Infektionsgeschehens im Grenzraum ein. Wichtige Themen waren zudem die Patientenverlegung, Grenzöffnungen für Härtefälle, die Öffnung

bestimmter Grenzübergänge für Berufspendler oder Lösungen für den grenzüberschreitenden Schulbesuch.

Angesichts des Abbaus der Grenzkontrollen zum 15. Juni 2020 einigten sich Bund und Länder am 14. Mai 2020 darauf, dass die Länder für die Beobachtung des Infektionsgeschehens im Grenzraum sowie die ggf. erforderliche Entwicklung von Maßnahmen zuständig seien. Das Ministerium für Soziales und Integration hat hierzu einen Konzeptentwurf vorgelegt, in dem bereits bestehende Strukturen miteinbezogen werden. Darüber hinaus erarbeitet der Expertenausschuss EPI-Rhin der AG Gesundheit der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz ein grenzüberschreitendes Meldesystem, mit dessen Hilfe eine grenzüberschreitende Nachverfolgung von Kontakten sowie eine vergleichbare Erhebung von Daten sichergestellt werden soll.

Gespräch von Herrn Staatssekretär Dr. Baumann mit der Botschafterin der Französischen Republik

Am 7. Mai 2020 führte Staatssekretär Dr. Baumann ein Gespräch mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes. Im Rahmen des Gesprächs wurde die aktuelle Situation in Frankreich, insbesondere die in der Region Grand Est, sowie das Grenzregime thematisiert. Das Gespräch diente weiterhin dem Austausch über einige zentrale Themen der deutsch-französischen Zusammenarbeit wie dem Zukunftsprozess Fessenheim, der Künstlichen Intelligenz und der grenzüberschreitenden Berufsausbildung.

Gespräch von Herrn Staatssekretär Dr. Baumann mit der Präsidentin des Conseil départemental von Haut-Rhin, Brigitte Klinkert

Am 19. Mai 2020 führte Staatssekretär Dr. Baumann ein Gespräch mit der Präsidentin des Conseil départemental, Brigitte Klinkert. Die Präsidentin bedankte sich bei Staatssekretär Dr. Baumann für die Aufnahme elsässischer Patientinnen und Patienten in Baden-Württemberg und berichtete außerdem über die aktuelle Situation im Elsass. Darüber hinaus

wurden die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Zukunftsprozess Fessenheim thematisiert. Außerdem regte Staatssekretär Dr. Baumann an, für eine baldige Sondersitzung des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu werben.

Gespräch von Herrn Ministerpräsidenten mit dem Präsidenten der Region Grand Est

Das Gespräch von Ministerpräsident Kretschmann mit dem Präsidenten der Region Grand Est, Jean Rottner, am 8. Juni 2020 diente dem Austausch über die Herausforderungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die im Zuge der Coronakrise sichtbar wurden. Herr Ministerpräsident schlug dem Präsidenten der Region Grand Est vor, die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen weiter zu vertiefen. Beide Gesprächspartner waren sich einig, dass die Themen Künstliche Intelligenz und Gesundheit zwei zentrale Bereiche der Zusammenarbeit sind.

Virtuelle Sitzungen des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (GÜZ-Ausschuss)

Während der Krise fanden am 23. April 2020 und am 10. Juni 2020 außerordentliche Sitzungen des GÜZ-Ausschusses statt. Staatssekretär Dr. Baumann vertrat das Land in der ersten; Staatsrätin Erler in der zweiten Sitzung. Aus Baden-Württemberg nahmen außerdem als Vertreter des Landtags, MdL Josha Frey, sowie die Regierungspräsidentinnen der Regierungspräsidien Freiburg und Karlsruhe teil.

Ziel der ersten außerplanmäßigen Sitzung war es, sich über Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der Coronakrise auszutauschen. Der Fokus lag dabei auf der Handhabung der Grenzübertritte im aktuellen Krisenmodus sowie auf Ideen, die der gegenseitigen Koordinierung der Strategien zur Aufhebung der restriktiven Maßnahmen dienen. Staatssekretär Dr. Baumann plädierte dafür, dass Deutschland und Frankreich sich bzgl. der Vorschriften und Lockerungen frühzeitig abstimmen müssen und forderte außerdem eine wechselseitige

Anerkennung von Bescheinigungen, die Grenzpendler zum Grenzübertritt benötigen. Infolge der Sitzung konnte erreicht werden, dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger ab dem 2. Juni 2020 lediglich eine Selbstdeklaration sowie Belege über die triftigen Gründe mit sich führen mussten, um die Grenze zu überqueren.

Ziel der zweiten außerplanmäßigen Sitzung war es, den Austausch über Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der Coronakrise fortzusetzen. Der Fokus lag dabei auf der deutsch-französischen Abstimmung von Informations- und Meldeverfahren sowie dem präventiven Austausch und der Abstimmung erforderlicher Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Grenzschießungen infolge der Aufhebung der Grenzkontrollen am 15. Juni 2020. Unter allen Mitgliedern des Ausschusses bestand Einigkeit darüber, dass es nicht wieder zu Grenzschießungen zwischen Deutschland und Frankreich kommen dürfe. Weiterhin sei eine bessere Koordinierung auf allen Ebenen erforderlich, sollte es zu weiteren Krankheitsausbrüchen oder einer weiteren Krisensituation kommen. Zusätzlich sei eine verstärkte Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich erforderlich und gewünscht. Staatsrätin Erler forderte von den Mitgliedern eine bessere Abstimmung hinsichtlich der vorsorglichen Organisation von Materialien und eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Lehre.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Nachdem die erste Sitzung des Ständigen Ausschusses im März aufgrund der Coronakrise im Umlaufverfahren durchgeführt wurde, konnte die zweite Sitzung am 28. Mai 2020 erstmalig virtuell unter dem Vorsitz von Vorarlberg stattfinden. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei der Austausch zu den durch Corona bedingten aktuellen grenzüberschreitenden Herausforderungen. Bezüglich der Grenzschießungen waren sich alle einig, eine vergleichbare Situation in Zukunft möglichst vermeiden zu wollen. Um aus den Erfahrungen der jetzigen Situation zu

lernen, sprachen sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses dafür aus, die Krisenreaktionsfähigkeit der IBK als Untersuchungsgegenstand in die geplante Zwischenbilanz der IBK-Strategie 2018-2022 aufzunehmen.

Auf Initiative Baden-Württembergs wurde auch die grenzüberschreitende Beobachtung des lokalen Infektionsgeschehens diskutiert, die zur lokalen Eindämmung von möglichen Infektionsherden notwendig ist. Der zuständigen IBK-Kommission Gesundheit und Soziales wurde der Auftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes zur grenzüberschreitenden Nachverfolgung erteilt, in dem Meldewege festgelegt und Entscheidungsstrukturen etabliert werden sollen.

Neben zwei Videokonferenzen am 2. April 2020 und am 12. Mai 2020 trafen sich die Regierungschefs am 24. Juni 2020 zum Strategiegespräch in Lochau, Vorarlberg. Gegenstand der Videokonferenzen war die aktuelle Situation in den Mitgliedsregionen der IBK sowie der Austausch zu grenzüberschreitenden Aspekten der Coronakrise. Bei der Sitzung in Lochau stand ferner die Diskussion um die mögliche Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen der IBK und der Internationalen Bodenseehochschule im Rahmen der geplanten Gründung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) im Fokus. Im Nachgang des Strategiegesprächs fand eine Pressekonferenz statt, an der neben Landeshauptmann Wallner und Regierungsrat Freddy Fässler aus St. Gallen auch Staatsministerin Schopper teilnahm.

Interreg Oberrhein

Im Berichtszeitraum fanden zwei virtuelle Sitzungen am 28. Mai 2020 und am 3. Juni 2020 statt, bei denen die aktuellen Planungen zur Förderperiode 2021-2027 und 18 Projekte behandelt wurden. Corona-bedingt haben drei Projekte einen Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums gestellt, der jeweils von der Arbeitsgruppe genehmigt wurde.

Zudem trafen sich am 25. Juni 2020 die Programmpartner in einer virtuellen Sitzung des Begleitausschusses, um 15 neue Projekte mit einem Mittelvolumen von 9 Mio. Euro zu genehmigen. Da man sich fast am Ende der Förderperiode 2014-2020 befindet, wurde auch diskutiert, wie mit den verbleibenden EU-Mitteln im Programm umgegangen werden soll. Die letzte Möglichkeit, die noch verfügbaren EU-Mittel in Projekte zu binden, besteht in der Sitzung des Begleitausschusses am 10. Dezember 2020.

Parallel werden die Planungen des Programms für die Förderperiode 2021-2027 vorangetrieben. Im Berichtszeitraum fand ein Austausch der Forschungsakteure des Oberrheins mit dem für das Programm zuständigen Referenten, Herrn Baudelet, von der Europäischen Kommission statt. Dabei wurde diskutiert, wie eine Förderung der Forschung in Zukunft am Oberrhein nach den Vorgaben der EU-Kommission ausgestaltet werden könnte. Auch hat sich die Ad-hoc-Gruppe post 2020 in der Sitzung am 7. Mai 2020 zu verschiedenen Szenarien für eine mögliche Interventionslogik sowie möglichen Maßnahmenarten und Indikatoren ausgetauscht. Im Rahmen der Erarbeitung der Interventionslogik ist wichtig, dass die angemeldeten Förderbedarfe der Programmpartner und weiterer Stakeholder bestmöglich berücksichtigt werden können.

Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

Die geplante Sitzung des Begleitausschusses am 7. Mai 2020 wurde durch ein schriftliches Umlaufverfahren ersetzt. Wichtig war für das Programm dabei die Genehmigung des jährlichen Durchführungsberichtes, welcher nach Genehmigung des Begleitausschusses an die Europäische Kommission weitergeleitet wurde.

Die Planungen für das zukünftige Programm 2021-2027 sind auch hier fortgeschritten. In der Zwischenzeit hat die Verwaltungsbehörde einen ersten Entwurf für das Operationelle Programm vorgelegt, zu dem die Programmpartner Stellung nehmen können. Es ist geplant, eine Sitzung der Programmierungsgruppe für Mitte Juli 2020 zu organisieren, um

über die Anmerkungen zum OP-Entwurf gemeinsam zu diskutieren. Da die geplanten Workshops zur öffentlichen Beteiligung der Stakeholder ausfallen mussten, werden diese nun virtuell nachgeholt. Zusätzlich wird seit 15. Juni 2020 ein Online-Fragebogen angeboten, der von den Stakeholdern ausgefüllt werden kann. Dabei ist auch ein Video-Chat mit der Verwaltungsbehörde möglich.

VII. Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Im europäischen Vergleich sind die Covid-19 Fallzahlen in den Ländern des Donaauraums relativ niedrig. Die indirekten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise sind gleichwohl enorm. Mit Blick auf die Umsetzung der EUSDR arbeiten die Gremien und Strukturen trotz der aktuellen Situation nahtlos weiter; die anfallenden Sitzungen wurden relativ reibungslos auf Online-Formate und Videokonferenzen umgestellt.

Das Internationale Donaifest 2020, das von 3. bis 12. Juli 2020 in Ulm geplant war, sowie alle dort angesetzten Veranstaltungen wie etwa eine Konferenz der Baden-Württemberg-Stiftung und des Staatsministeriums zum Thema Jugend fallen ersatzlos aus. Das Staatsministerium ist stattdessen in die Vorbereitung einer Online-Konferenz mit dem Arbeitstitel „Sharing beyond borders: New ways of care, communication and cooperation of older people along the Danube and in Europe in times of Covid-19“ eingebunden, die das zivilgesellschaftliche Netzwerk Danube Networkers e.V. am 10. und 11. Juli 2020 plant.

Unter Federführung des Donaubüros Ulm laufen zudem die Planungen für eine Konferenz mit dem Arbeitstitel „Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung im Donaauraum“, die am 5. und 6. November 2020 im Stadthaus Ulm stattfinden soll. Die Konferenz wird von Seiten des Staatsministeriums mit Projektmitteln unterstützt. Eine eigens eingesetzte Lenkungsgruppe tagte zuletzt im April im Rahmen einer Videokonferenz.

Des Weiteren konnten drei neue Projekte eine finanzielle Unterstützung aus dem Projektfonds des Staatsministeriums erhalten.

EU-Strategie für den Alpenraum

Am 18. Mai 2020 fand auf Einladung der französischen Präsidentschaft der EU-SALP eine außerordentliche Sitzung des Executive Boards im Format einer Videokonferenz statt. Gegenstand der Sitzung waren die Auswirkungen der Coronakrise auf die Staaten und Regionen des Alpenraums sowie die notwendigen Anpassungen des Arbeitsplans der französischen Präsidentschaft. Dabei wurde ein gemeinsames Manifest abgestimmt, in dem sich die Partner der Alpenraumstrategie ihre gegenseitige Solidarität ausdrücken sowie konkrete Vorschläge zur Bewältigung der Krise und nachhaltigen Konjunkturmaßnahmen unterbreiten.

VIII. Vier Motoren für Europa

Auch das Netzwerk der Vier Motoren für Europa steht in der Corona-Krise solidarisch zusammen. Dabei kann auf die bisherige enge und vertrauensvolle Kooperation aufgebaut werden. Auf Initiative der lombardischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa fand am 9. April 2020 eine Videokonferenz der zuständigen Minister statt, an der Staatsministerin Schopper teilnahm. Inhalte waren der Austausch über die aktuelle Situation in den Partnerregionen sowie Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und zur Bewältigung der Krise. Dabei waren insbesondere die Erfahrungen aus der Lombardei und Katalonien interessant, da beide Regionen Baden-Württemberg in der Lage einige Wochen voraus waren und beispielsweise bereits eine regionale Autarkie im Hinblick auf Masken erreicht hatten (Lombardei) oder KI-Anwendungen bspw. zum Tracking von Infizierten betrieben (Katalonien).

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Gespräch von Herrn Ministerpräsident Kretschmann mit dem Vizepräsidenten des Eidgenössischen Bundesrates

Ministerpräsident Kretschmann hat sich am 14. Mai 2020 in einer Videokonferenz mit dem Vizepräsidenten des Eidgenössischen Bundesrates und Schweizer Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungsminister, Guy Parmelin, ausgetauscht. Beide kamen überein, die Kooperation im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus weiter zu verstärken und insbesondere zu Innovationsthemen, wie etwa der Künstlichen Intelligenz, künftig noch enger zusammenzuarbeiten. Weitere Themen waren neben der aktuellen Pandemiebekämpfung das institutionelle Rahmenabkommen der EU mit der Schweiz, die internationale Hochschulpolitik sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Digitale grenzüberschreitende Bürgerdialoge mit der Schweiz und enger Austausch im Rahmen der Covid-19-Pandemie

Um die Bürgerinnen und Bürger einzubinden, wurden am 17. und 25. Juni 2020 die ersten digitalen grenzüberschreitenden Bürgerdialoge mit Staatsrätin Erler durchgeführt, mit denen gezielt nach den Erfahrungen während der Pandemie sowie Vorschlägen und Ideen für das künftige grenzüberschreitende Zusammenleben gefragt wurde.

Das Staatsministerium hat darüber hinaus im Rahmen der Bewältigung der Covid-19-Pandemie einen intensiven regelmäßigen Austausch mit den betroffenen Bundes- und Landesbehörden in Deutschland, der Schweiz und Frankreich sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der grenzüberschreitenden Gremien durchgeführt. Ziel war es, durch die sehr engmaschige Kommunikation auch auf Arbeitsebene schnelle und praktikable Lösungen für die konkreten Anliegen der Menschen vor Ort anzustoßen.

Aktivitäten im Rahmen der Landespartnerschaft mit Maharashtra/ Indien im Nachgang zur Delegationsreise nach Indien

Staatsministerin Schopper, Staatssekretärin Olschowski und Staatssekretärin Gurr-Hirsch reisten vom 1. bis 8. Februar 2020 mit einer Delegation aus Politik, Kultur und Landwirtschaft nach Indien. Ziel der Reise

waren der politische Austausch sowie der Ausbau der Landespartnerschaft mit Maharashtra, die ihr fünfjähriges Jubiläum feiert. Aus diesem Anlass unterzeichnete Frau Staatsministerin Schopper eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Industrieminister von Maharashtra, Subash Desai, die das bisherige Memorandum of Understanding um die Bereiche Digitalisierung, neue Technologien – insbesondere Umwelttechnologien und Ressourceneffizienz – sowie Start-Ups ergänzt. Zudem wurde explizit benannt, auch in den Bereichen Kultur und Landwirtschaft Kooperationen anzustreben und gemeinsam für den Klimaschutz einzutreten. Mit der Reise wurde zudem an die Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegationsreise angeknüpft, die Herr Ministerpräsident Kretschmann 2017 nach Indien führte.

Obwohl die Auswirkungen der Corona-Pandemie in Maharashtra hoch sind und viele Großstädte wie Mumbai oder Pune noch bis mindestens 30. Juni 2020 einem „Lockdown“ unterliegen, arbeitet die Repräsentanz des Landes Baden-Württemberg in Maharashtra gemeinsam mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst an der Umsetzung folgender Aktivitäten im Nachgang zur Reise:

- Im Rahmen der Startup-Initiative wird an einem digitalen Austauschformat zwischen indischen und baden-württembergischen Initiativen gearbeitet. Am 16. Juli 2020 findet ein digitaler Live-Pitch des German Indian Startup Exchange Program (GINSEP) statt. Start-ups aus den Bereichen „Digital Health, Mobility und Industrial Digitalization“ können sich hierfür bewerben.
- Digitaler CEO-Roundtable für einheimische Firmen in Pune.
- Projekt zur Expansion eines Simulationsmodells zur Optimierung der Produktion durch Ressourceneffizienz und Materialeinsparung in Pune und Aurangabad. Hier kooperiert die Hochschule Pforzheim - unterstützt durch die BW-Repräsentanz - mit der GIZ, dem Mahatma Gandhi Mission (MGM) Institute of Management und örtlichen Unternehmen bei der Implementierung eines Simu-

lationsmodells zur betrieblichen Weiterbildung innerhalb der Unternehmen. Finanziert wird das Projekt unter anderem durch eine Förderung des DAAD.

- Auch aus dem Kulturbereich ergaben sich Follow-up Maßnahmen. So arbeitet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst an einer digitalen Veranstaltung für das zweite Halbjahr 2020. Das Raja Dinkar Kelkar Museum in Pune, welches von Staatssekretärin Olschowksi während der Reise besucht wurde, wird bei der Initiierung zur Zusammenarbeit mit baden-württembergischen Museen unterstützt.
- Weiterhin soll durch die Verschärfung der Lage in den sozialen Brennpunkten bzw. Slums von Mumbai durch die Coronakrise ein soziales Projekt der Don Bosco Development Society in Mumbai gefördert werden. Die Organisation versorgt derzeit insgesamt 60.000 Menschen in den Slums von Mumbai mit den nötigsten Lebens- und Hygienemittel.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im zweiten Quartal des Jahres 2020 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Anpassung aller laufenden, beantragten und geplanten Maßnahmen auf die neuen globalen Rahmenbedingungen, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind. Dazu wird es im Rahmen der BWirkt-Förderlinien eine Sonderausschreibung zur Bewältigung der Pandemiefolgen geben. Im Rahmen der Landespartnerschaften (insbesondere mit Burundi, Dohuk und Maharashtra) werden zusätzliche Mittel für Solidaritätsaktionen bereitgestellt. Die Maßnahmen der Initiative „Afrika im Blick“ werden auf die Corona-Pandemie angepasst.